

Bürgermeisterbefragung

Bürgermeister Siegfried Nagl gilt gemeinhin als einer der beliebtesten Politiker der Steiermark. Dann kam die Landtagswahl. Da lag die SPÖ in Graz wider Erwarten deutlich vor der ÖVP – und gewann so die Wahl. Kurz danach präsentierte Nagl seine Idee, den Gemeinderat zu verkleinern und künftige Bürgerbefragungen durchzuführen. Erstes wurde kurz vor Redaktionsschluss im Gemeinderat beschlossen, über die Bürgerbefragung haben wir mit ihm gesprochen.

» *Wenn Sie die Politik in der Stadt Graz als Frau beschreiben würden – Xantippe oder Aphrodite?*

Also ich bin in die Politik gegangen, weil ich diese Stadt so liebe. Vielleicht sehe ich Graz auch manchmal verklärter, als es wirklich ist. Aber ich lasse mir von vielen Gästen bestätigen, dass meine Liebe zu Recht besteht.

Aber wird das politische Geschäft in dieser Stadt Ihrer Liebe gerecht?

Eben nicht. Es funktioniert vieles gut, wir haben gute Dienstleistungen und eine gute Verwaltung. Wir leben alles sehr transparent und deshalb gibt es viel Stoff zum Kritisieren für alle, die angeblich in Opposition sind. Dass die ÖVP nicht einmal 50 % der Regierung stellt, wird gern übersehen.

Was hat sich seit Juli 2010 geändert? Da meinten Sie, es habe noch nie so viel Freude bereitet, Bürgermeister zu sein; Ende September sagten Sie: „Es macht keinen Spaß mehr“, Politiker seien das Letzte vom Letzten.

Gar nichts. Es macht nach wie vor viel Freude, für diese Stadt zu arbeiten. Nur die Politik, so wie sie arbeitet, wie wir die Energien verschleudern, das macht das Leben so schwer. Ich spreche immer vom umgekehrten Pareto-Prinzip: Normal sind 20 % der Energie für 80 % des Outputs. Ich hab das Gefühl, in der Politik brauchst du 80 %

der Energie, damit 20 % weitergehen. Die Politik hat sich selbst in einem System gefangen, das zum Teil noch aus der Monarchie stammt, und seit dem Ende des Krieges hat es sich kaum weiterentwickelt. Das beste Beispiel dafür ist der Proporz.

Warum gelingt es nicht, den abzuschaffen? Sie und die Grünen sind doch dafür?

Die Stadt Graz hat das ja schon beschlossen. Aber wir müssen es auf Bundesebene in Verfassungsrang bringen und von dort wurde uns ganz klar signalisiert: Kommt nicht in Frage.

Das gehört also zur sinnlos verschwendeten Energie?

Nein. Da ist „Bretterbohren“ notwendig. Bei der Auslagerung der Dienstleistungen und bei der Reduktion der Bezirksämter, da habe ich jeweils über zehn Jahre gebraucht. Natürlich wünschen sich viele, dass meine Ankündigungen schon morgen eintreten, aber ich muss halt dranbleiben.

Und die Verkleinerung des Gemeinderates, die Sie angekündigt haben?

Alle Fraktionen sagen: Ja, das ist interessant. Aber dann braucht es wieder Sitzungen und Klausuren und Diskussionen über Demokratiefeindlichkeit. Dabei verliert die ÖVP



Siegfried Nagl, 47, Bürgermeister der Stadt Graz seit 2003. Vorher Stadtrat für Finanzen und Kultur. Seit Jänner 2000 Chef der Grazer Volkspartei. Noch früher, 1988, Geschäftsführer des Geschirrhändlers Klammerth. Studierte an der Grazer Karl-Franzens-Universität Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.

bei gleichem Ergebnis die meisten Sitze. Am Donnerstag ist nun Showdown im Gemeinderat, mal sehen, wer da zustimmt.*

Stichwort Show, haben wir zuviel davon?

Dass der Bereich der Show immer größer wird, sieht man auch in den Unsummen an Werbeaufwand. Wir leben in einer Zeit, in der der Schein oft vor dem Sein kommt. Ich wundere mich auch, dass man mit nur einem einzigen Thema punkten kann. Etwa die FPÖ, die immer nur dagegen ist.

Wie wollen Sie damit umgehen? Haben Sie vor, sich der Show zu entziehen, weniger Geld für Werbung auszugeben?

Jeder weiß, dass wir die Probleme der Welt so nicht lösen können. Und die FPÖ hat in Graz nur um 6.000 Stimmen zugelegt, in Wien waren das andere Dimensionen. Das hat auch etwas mit unseren Schulen zu tun, in denen Integration sehr gut funktioniert. Und je besser die Menschen gebildet sind, desto weniger laufen sie Gefahr, ein paar Flötisten hinterher zu laufen, die die falsche Melodie spielen.

Was würden Sie Theodor Heuss entgegen, der die Volksbefragung als „Prämie für den Demagogen“ bezeichnet hat?

Schöne Formulierung. Aber vielleicht erkennen die Menschen, wer das Instrument als Demagoge einsetzt und wer den Bürgern die Hand zur Weiterentwicklung reicht.

Man gewinnt trotzdem den Eindruck, Sie wollen die Rechten mit ihren eigenen Waffen schlagen. Gerald Grosz (BZÖ) hat schon 2007 eine Bürgerbefragung zum Bettelverbot gefordert. Die FPÖ zuletzt zur Umweltzone.

Es hat bisher schon jeder nach dem Volksrechtsgesetz so etwas fordern können. Jene, die damals in den Gemeinderat gekommen sind und aus ihrer jeweiligen Betroffenheit so etwas gefordert haben, hätten es jederzeit tun können. Ich möchte überhaupt ein komplett neues System etablieren, und das bedeutet, dass wir in strategischen Fragen einfach einmal den Telefonjoker wählen.



Fotos: Robert Frankl

Der Bürger will der Politik auch zwischen- durch manches sagen und sich nicht nur alle fünf Jahre gebraucht fühlen: „Jetzt kommen die wieder daher mit ihren Kugelschreibern und wollen mein Kreuzerl haben.“ Das ist im 21. Jahrhundert bei gebildeten Menschen einfach zu wenig.

2005 haben Sie im Zuge der Debatte um den Verkauf der Gemeindewohnungen gesagt: „Der Rest der Bevölkerung vertraut den Entscheidungsträgern und braucht keine Befragung.“ Klingt nach einem klaren Bekenntnis zur Vertretungsdemokratie.

Ich gehöre auch zu jenen, die immer mal etwas dazulernen. Und wir können das gern abfragen, aber die KPÖ hat damals eine Panikmache begonnen, obwohl es ein klares Commitment gibt, dass Wohnungen nicht verkauft werden. Und auf einmal will das jemand aus politischer Taktik einsetzen.

Wie wollen Sie eine hohe Beteiligung erreichen?
Durch einen unkomplizierten Zugang per Wahlkarte und via Internet. Du sollst auch die Möglichkeit bekommen, mehrere Fragen zu beantworten. Der eine will zum Bettelverbot etwas sagen, aber ich denke, der wird dann auch bei den anderen Themen sein Kreuzerl machen. Es ist auch möglich, dass bei den ersten Befragungen die Beteiligung noch nicht so hoch ist; in der Schweiz sind es meist um die dreißig Prozent, die da mittun. Aber ich will es ausprobieren, weil die Alternative wäre ja, nichts zu tun.

Gibt es eine Grenze, bei der Sie das Projekt als gescheitert einstellen?

Da gibt es eine Klubobleute-Konferenz, wo wir das debattieren. Wenn bei einer Frage nur drei Prozent etwas zurückschicken, macht es ja keinen Sinn.

Wie wollen Sie den Schutz von Minderheiten sicherstellen? Beispiel Bettelverbot.

Ich weiß ja nicht einmal, wie das ausgeht. Jeder, der das weiß, ist ein Seher und soll ein neues Gewerbe eintragen. Ich weiß es nicht, ich bin nur überrascht, dass manche Fraktionen jetzt sagen: Das kann man fragen, und das kann man nicht fragen. Ich hab immer gesagt, der Gemeinderat wird das festlegen. Wenn etwas gegen ein Grundrecht verstoßen würde, aber das kann nicht sein, wenn es in drei Bundesländern Gesetz ist.

Warum wird in der Diskussion so oft die „Faschismuskeule“ ausgepackt?

Also gerade bei dem Thema habe ich eine andere Meinung, aber die ist ja nicht annähernd etwas Faschistoides. In Bundesländern mit sozialdemokratischer Führung bestehen absolute Bettelverbote. Und ich denke, wir müssen auf europäischer Ebene ansetzen. Mein Vorschlag ist nach wie vor, dass ein Land der EU, bevor es Wirtschaftsförderung bekommt, soziale Mindeststandards garantieren und die Minderheitenfragen im Sinne der EU klären muss. Wenn alle Bundesländer um uns herum das Betteln verbieten würden, dann wünsche ich uns viel Freude.

Die Bürger wollen von mir eine Lösung, auch wenn ich weder für die Exekutive noch für die Landesgesetze zuständig bin. Ich hab es dorthin geschickt und ich hoffe, dass dort endlich eine deutliche Sprache gesprochen wird. Deswegen bin ich aber kein Rechter. Das haben manche probiert und nie zustande gebracht.

Sind die Ergebnisse der Befragung bindend, wie in der Schweiz?

Für mich ja, aber ob andere Fraktionen sagen, das interessiert uns nicht ... Es gilt halt

auch seinen Standpunkt mal aufzugeben, wenn gute Argumente da sind.

Also keine gesetzliche Bindung?

Das können wir nicht, da gibt es kein Instrument auf Gemeindeebene. Aber es entsteht ja auch ein politischer Druck.

Ihre Koalitionspartnerin Lisa Rücker hat das Ende der Koalition angekündigt, wenn über das Bettelverbot abgestimmt wird. Würden Sie das riskieren?

Zuerst müssten sie mir begründen warum. Wenn die Grünen aus der Koalition abspringen wollen, müssen sie das laut und deutlich sagen. Mit einem „Ich bin schon für die Basisdemokratie, aber nur dort, wo ich sie will“ werden die Grünen nicht punkten.

Ist die umgestellte SPÖ ein alternativer Koalitionspartner?

Also, Martina Schröck wird sich erst beweisen müssen, den Karl-Heinz Herper kenne ich seit vielen Jahren, aber ich gehe nicht davon aus, dass immer gleich alles platzt. Ich beabsichtige auch nichts zu beenden und bekenne mich zu meiner Koalition.

Aber es ist plausibel, mit ÖVP, FPÖ und BZÖ eine Befragung zum Bettelverbot zu beschließen?

Wenn die dem zustimmen, ja. Es wird da alle möglichen Farbschattierungen geben. Und ich hab die ersten fünf Jahre in Graz keine Koalition gehabt, ich fürchte mich in keiner Weise, auch das wieder zu tun.

Vielen Dank für das Gespräch.

*Mittlerweile einstimmig angenommen ist die Verkleinerung der Regierung auf sieben Sitze; gegen KPÖ und FPÖ wurde auch die Verkleinerung des Gemeinderates auf 48 Sitze beschlossen.